

## Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission  
Subkommission DJS



Grossratsgeschäftsnummer: 12 / BS 35 / 352  
Rechtsbuch-Nummer: -  
Departement: DJS

## Bericht der GFK-Subkommission DJS zur Geschäftsprüfung 2014

### Zusammensetzung der GFK-Subkommission DJS

Präsident: Imhof Erwin, Bottighofen  
Mitglieder: Hugentobler Walter, Matzingen  
Lei Hermann, Frauenfeld  
Leuthold Stefan, Frauenfeld

## Geschäftsbericht 2014 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2014

### Allgemeines zum Departement

Die Erfolgsrechnung 2014 des Departements für Justiz und Sicherheit schliesst gegenüber dem Budget 2014 um 1.24 Mio. Franken schlechter ab. Beim Vergleich der Rechnung 2014 zu 2013 ist der Aufwandüberschuss im letzten Jahr um 6.89 Mio. Franken gestiegen. Die grössten Abweichungen Rechnung 2014 zu Rechnung 2013 betreffen:

- Straf- und Massnahmenvollzug: Mehrkosten von Fr. 2.29 Mio.
- Grundbuchämter / Notariate: Mindereinnahmen von Fr. 1.83 Mio.
- Staatsanwaltschaft: Mehrkosten von Fr. 1.73 Mio.
- Migrationsamt: Kantonale Integrationsprogramme Fr. 0.83 Mio. (neu ab 2014)

Regierungsrat Dr. Claudius Graf-Schelling ist nach fünfzehnjähriger Tätigkeit als Chef des Departementes Justiz und Sicherheit in den wohl verdienten Ruhestand getreten. Für die gute Zusammenarbeit und das grosse, nachhaltige Engagement für den Kanton Thurgau bedankt sich die Subkommission ganz herzlich bei Regierungsrat Dr. Claudius Graf-Schelling. Im neuen Lebensabschnitt wünschen wir ihm alles Gute. Die Subkommission freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit der neu zuständigen Regierungsrätin Cornelia Komposch.

### Ämterbesuche 2015

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Generalsekretariat
- Amt für Bevölkerungsschutz und Armee
- Kantonspolizei

Bei den Ämterbesuchen wurde die Subkommission sehr gut informiert, alle Fragen wurden umfassend beantwortet. Beim Generalsekretariat erhielten wir einen vertieften Einblick in die Belange des Bewährungsdienstes und der Pflegekinder- und Heimaufsicht. Das Projekt zur Überprüfung der Organisation im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs befindet sich auf der Zielgeraden. Die geplante Bildung des Amtes Justizvoll-

2/4

zug (mit zusätzlichen Stellenprozenten) wird mit dem Budget 2016 dem Grossen Rat vorgelegt. Rechtliche Anpassungen sind nur auf der Ebene der Justizvollzugsverordnung notwendig.

Beim Amt für Bevölkerungsschutz und Armee besichtigte die Subkommission den Führungsstandort des kantonalen Führungsstabs, wo auch der Ausweichstandort der kantonalen Notrufzentrale geplant ist. Beeindruckt waren wir auch von dem neu beschafften Zivilschutzmaterial, mit dem die Angehörigen des Zivilschutzes professionell ihre Aufgaben erfüllen können.

Bei der Kantonspolizei war der Personalbestand wieder ein Thema. Per 01. Januar 2015 betrug der Korpsbestand der Kantonspolizei Thurgau umgelegt auf 100-Prozentstellen 356.7 Stellen. Im Jahre 2014 wurden insgesamt 21 Austritte verzeichnet (6 Pensionierungen, 1 Austritt krankheitsbedingt, 5 Korpswechsel, 9 Kündigungen aus verschiedenen Gründen). Die 14 Abgänge ohne Pensionierungen oder Krankheit entsprechen einer Fluktuationsrate von 3.84 %, was im Vergleich zu der ganzen Verwaltung mit 6.10 % zwar sehr tief ist. Dennoch: Die Mentalität hat sich grundlegend geändert – Polizist ist heute keine Lebensstelle mehr. Ab der Polizeischule 2015/2016 werden neu 25 Aspirantinnen und Aspiranten eingestellt. Der Soll-Bestand von 384 sollte Ende 2017 erreicht werden.

### ***Bemerkungen zu einzelnen Ämtern***

#### **5010-5017 Generalsekretariat**

Die massive Kostensteigerung im Straf- und Massnahmenvollzug ist vor allem auf den vermehrten Vollzug von Strafen in ausserkantonalen Institutionen zurückzuführen. Im Jahre 2014 wurde in 102 Fällen der Vollzug an andere Kantone abgetreten. Im Vorjahr waren es 56 Fälle und dies belastet die Rechnung entsprechend stark. Zusätzlich musste das regionale Untersuchungsgefängnis Frauenfeld aufgrund des Belegungsdrucks wieder eröffnet werden. Nach Auskunft des Regierungsrates wird nur in Einzelfällen die Verbüssung der Strafe im Heimatland entsprechend der gesetzlichen Vorgaben und Möglichkeiten angestrebt. Einerseits muss der Straftäter einverstanden sein, die Verfahren dauern sehr lange und die Hürden bei der Umsetzung sind gross. Aus diesen Gründen kann beim Strafvollzug im Heimatland nicht von einem Erfolgsmodell gesprochen werden. Das Projekt „Elektronik Monitoring“ (EM-Fussfesseln) wurde im November 2013 gesamtschweizerisch gestartet. Zwischen den politischen Erwartungen an das Instrument EM und der technologischen Reife der auf dem Markt befindlichen Angebote gibt es noch erhebliche Differenzen. Gemäss ersten Erhebungen würden für den Kanton Thurgau jährliche Kosten von Fr. 322'000.-- entstehen. Die heutigen Alternativen wie Halbgefangenschaft und Gemeinnützige Arbeit sind bis anhin wesentlich günstiger.

#### **5250 Staatsanwaltschaft**

Die Subkommission unterstützt die notwendigen, aber hochgesteckten Zielsetzungen zum Abbau der Pendenzen. Ende 2014 waren bei der Staatsanwaltschaft 2'322 Strafverfahren wegen Verbrechen oder Vergehen pendent. Im Vergleich zum Vorjahr sind diese Pendenzen nur um 40 Fälle kleiner geworden. Die Zahl der Pendenzen von 2009

und älter liegt noch bei 12 Fällen, wovon 5 komplexe Fälle aus der Wirtschaft stammen. Die Zahl der Fälle von 2012 und älter liegt im heutigen Zeitpunkt bei 180. Um die Zielsetzung der Erledigung aller Fälle von 2012 und älter auf Ende 2015 zu erreichen, sollen alle möglichen Massnahmen zur Beschleunigung und Verfahrenskürzungen umgesetzt werden. Mit einem Fallcontrolling auf verschiedenen Stufen werden die Pendenzen laufend überprüft.

Die starke Steigerung der Untersuchungskosten im Vergleich zum Vorjahr ist teilweise auf eine Abschreibung in der Höhe von knapp Fr. 480'000.-- und einer Abschlussrechnung für Massnahmenkosten der Vorjahre von Fr. 91'700.-- begründet.

Die explodierenden Anwalts- und Parteienentschädigungen sind nach Ansicht der Staatsanwaltschaft auf die seit dem 1. Januar 2011 geltende schweizerische Strafprozessordnung (StPO–SR 312.0), welche die Verteidigungsrechte ausgebaut hat, und die Rechtsprechung des Bundesgerichtes zurückzuführen. Insbesondere Art. 130 ff. und Art. 147 f. der StPO führen zu viel häufigeren Einsätzen und Einvernahmen im Beisein der Verteidiger, was sich auf die Anzahl der zu entschädigenden Stunden massiv auswirkt. Teilweise geht die schweizerische StPO über die Regelung des EMRK - Mindeststandards sowie über die Regelung praktisch aller anderen europäischen Länder hinaus. Die VO des Obergerichts über den Anwaltstarif für Zivil- und Strafsachen (AT - SR 176.31) sollte ebenfalls überprüft werden. Statt die angesetzten Pauschalen anzuwenden, wird heute sehr häufig nach dem effektiven Zeittarif abgerechnet, was sich auf die Höhe der Entschädigungen auswirkt.

#### **5410 Strassenverkehrsamt**

Auf Antrag des Kantons Thurgau hat der Bundesrat im Januar dieses Jahres die Nachprüfungsintervalle von Personenwagen und Motorrädern geändert. Ab dem 01. Februar 2017 hat die erste Prüfung neu erst fünf Jahre, spätestens aber bis zum sechsten Jahr nach der Inkraftsetzung zu erfolgen. Ende 2014 konnte im Kanton Thurgau bei 54'969 Fahrzeugen die heutige Prüfpflicht nicht eingehalten werden. Diese Prüfungsrestanzen müssen nun zeitgerecht reduziert werden. Ob der Personalbestand zu diesem Zweck vorübergehend erhöht werden muss, hängt auch von der Entwicklung des Fahrzeugbestandes und von wichtigen Kleinigkeiten wie dem Direktimport von Fahrzeugen ab.

#### **5430-5440 Migrationsamt**

Die Zahl der allein reisenden minderjährigen Asylbewerber (UMA) nahm im zweiten Halbjahr unerwartet stark zu. Gestützt auf das Asylgesetz haben Vertrauenspersonen die Interessen der UMA wahrzunehmen. Das Migrationsamt hat mit der Beratungsstelle der HEKS/Caritas zur Erfüllung dieser Unterstützung eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Im Rechnungsjahr 2014 betragen diese Kosten rund Fr. 51'400.--.

Im Asylvollzug sind im Vergleich zum Vorjahr die Rückführungen von 178 auf 105 und die kontrollierten selbständigen Ausreisen von 201 auf 126 zurückgegangen. Zu dieser Entwicklung wurden folgende Hauptgründe angegeben:

Gegenüber 2013 verdoppelte sich die Quote der anerkannten Flüchtlinge von 10 % auf 20 %. Im Jahr 2014 wurden zugleich bedeutend mehr Personen im Kanton Thurgau vorläufig aufgenommen als im Jahr 2013 (2013: 68 Personen; 2014: 203 Personen). Personen, die als Flüchtlinge anerkannt oder vorläufig in der Schweiz aufgenommen

werden, gelangen nicht in den Vollzugsprozess. Ferner war die erstinstanzliche Erledigung von Asylgesuchen durch das Staatssekretariat für Migration (SEM) im Jahr 2014 rückläufig (2013: 834 Gesuche; 2014: 809 Gesuche). Im Jahr 2014 fällte das SEM markant weniger Dublin-Entscheide (2013: 298 Entscheide; 2014: 178 Entscheide). Es kann somit festgestellt werden, dass im Jahr 2014 weniger ausreisepflichtige Personen in den Vollzugsprozess gelangten als noch im Vorjahr.

### **5510 Kantonspolizei**

Die Statistik der Einbruchdiebstähle der letzten drei Jahre im Kanton Thurgau zeigt folgendes Bild:

	2012	2013	2014
Einbruchdiebstähle	1'089	1'164	1'140
Veränderung nominal	+199	+75	-24
Veränderung prozentual	+22 %	+7 %	-2 %
Aufklärungsquote	11.9 %	14.8 %	27.8 %

Im Jahr 2014 konnte die Aufklärungsquote beim Einbruchdiebstahl fast verdoppelt werden, von 14,8 auf 27,8 Prozent. 317 Einbruchdelikte wurden 2014 aufgeklärt, zudem konnten über 100 Einbrüche aus früheren Jahren geklärt werden. Diese erfreuliche Entwicklung ist das Ergebnis einer konsequenten Bekämpfung der Einbruchkriminalität auf allen Ebenen.

Nachdem in den beiden Jahren zuvor die Zahl der Einbrüche deutlich zugenommen hatte, hat der Kommandant die Bekämpfung der Einbruchkriminalität im letzten Jahr zur Schwerpunkt-Aufgabe erklärt. Es wurde eine Task Force mit Vertretern des Grenzwachtkorps und der Kriminalpolizei Baden-Württemberg gebildet.

Eine vertiefte Betrachtung der Zahlen zeigt, dass die Massnahmen der Kantonspolizei Thurgau mit Beginn der Periode der Dämmerungseinbrüche zu greifen begonnen haben. Während über das ganze Jahr 2014 ein Rückgang der Delikte um 2 Prozent zu verzeichnen war, ist die Zahl der Einbrüche von Oktober bis Dezember 2014 um mehr als 30 Prozent zurückgegangen, von 394 auf 260 Delikte. Und die Zahlen der ersten zwei Monate 2015 lassen den Schluss zu, dass die Fortschritte nachhaltig sind: Im Januar und Februar 2015 ging die Zahl der Einbrüche um fast 40 Prozent zurück (von 269 auf 169 Delikte).

Im Jahre 2014 verstärkte die Kantonspolizei Thurgau in neun Einsätzen mit 387 Mann-tagen andere Kantone. Dabei war das WEF in Davos mit 296 Manntagen die grösste Abkommandierung. Nach der IKAPOL-Vereinbarung werden solche Einsätze pro Polizistin/Polizist mit einer Tagespauschale von Fr. 600.-- abgegolten. Beim Openair in Frauenfeld leistete die Kantonspolizei letztes Jahr 2'327 Einsatzstunden, welche mit Fr. 87'440.-- entschädigt worden sind.